



20. Feb. 1985

255

Zahlungsbilanzhilfeabkommen Schweiz - Sambia

Aufgrund des Antrages des EVD vom 25. Jan. 1985

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

- Der Staate Sambia wird in Form einer Zahlungsbilanzhilfe einen nicht rückzahlbaren Beitrag in der Höhe von 10 Millionen Franken gewährt;
- das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, mit Sambia und der IDA Abkommen über die Gewährung und Durchführung der Zahlungsbilanzhilfe an Sambia über 10 Millionen Franken abzuschliessen;
- das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, den schweizerischen Botschafter in Washington oder in Lusaka zu beauftragen, die genannten Abkommen zu unterzeichnen;
- die Bundeskanzlei wird beauftragt, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

i.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	13	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin Del	2	-

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer



Z U S A M M E N F A S S U N G

Mit dem vorliegenden Antrag beantragen wir Ihnen, Sambia eine Zahlungsbilanzhilfe von 10 Millionen Franken in Form eines nichtrückzahlbaren Beitrages zu gewähren.

Die Zahlungsbilanzhilfe wird zu Lasten des Rahmenkredites bezüglich der Weiterführung der handels- und wirtschaftspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vom 14. Dezember 1981 (BB 1982 I 717) gehen. Der Betrag von 10 Millionen ist im Budget 1985 vorgesehen.

Sambia, das 6,3 Millionen Einwohner aufweist und etwa zwanzig Mal so gross wie die Schweiz ist, leidet seit 1975 an gravierenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten. Hauptsächlichster Auslöser der Probleme war 1974 der 40%ige Rückgang des Kupferpreises im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Rezession. Die Bedeutung des Preiszerfalles für Sambia ergibt sich daraus, dass es aus der Kupferausfuhr 90% seiner Exporterlöse erwirtschaftet.

Sambia ist zur Zeit nicht mehr in der Lage, den Forderungen aus dem Schuldendienst nachzukommen. Neben der Konsolidierung der Aussenschuld, an der auch die Schweiz teilnimmt, erfordert die Situation zusätzliche Soforthilfen. Eine Reihe von bi- und multilateralen Institutionen der Entwicklungsfinanzierung beteiligen sich zusammen mit der Schweiz an dieser Solidaritätsaktion zur Milderung der Auswirkungen der Zahlungsbilanzkrise. Die Anpassung an die veränderten Verhältnisse der Weltwirtschaft und die Durchführung der verschiedenen geplanten Sanierungsmassnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes werden voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Die Schweiz wird sich mit ihrer Zahlungsbilanzhilfe in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank am sogenannten "Agricultural Rehabilitation Project" beteiligen. Die Hilfe soll Sambia rasch eine bessere Ausnützung der bestehenden landwirtschaftlichen Kapazitäten und damit einen höheren Grad an Selbstversorgung ermöglichen. Hinzu kommen eine Reihe von Strukturanpassungen, die mittelfristig zu einer generellen Produktionserhöhung führen sollen.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 25. Januar 1985

Nicht für die Presse

AN DEN BUNDES RAT

Zahlungsbilanzhilfe von 10 Millionen
 Franken zugunsten Sambias

1. Einleitung

Wir beantragen Ihnen, uns zu ermächtigen, Sambia eine Zahlungsbilanzhilfe in der Höhe von 10 Millionen Franken zur Unterstützung eines landwirtschaftlichen Reformprojektes zu gewähren.

Sambia unternimmt zur Zeit wirtschaftspolitische Anpassungen, die von der IDA, gemeinsam mit anderen Gebern, in drei Sektoren unterstützt werden. Das erste, bereits 1985 einsetzende Paket betrifft den Agrarsektor (Agricultural Rehabilitation Project), das zweite den Industriebereich (Industrial Reorientation Project) und das dritte den Transportsektor (Fourth Railway Project). Die Zahlungsbilanzhilfe wird das "Agricultural Rehabilitation Project" unterstützen.

Der Bedarf nach internationaler Unterstützung, das Vorliegen eines international koordinierten Programmes zur etappenweisen Strukturanpassung sowie das ernsthafte Bemühen zu dessen erfolgreicher Verwirklichung sind ausschlaggebend für die schweizerische Mitbeteiligung. Entsprechende Abklärungen durch eine schweizerische Mission haben stattgefunden.

Die vorgeschlagene Hilfe ordnet sich so in unsere Politik im Bereich von Zahlungsbilanzhilfen ein. Sie wurde in der Botschaft des Bundesrates bezüglich der Weiterführung der Finanzierung von handels- und wirtschaftspolitischen Massnahmen im Rahmen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vom 14. Dezember 1981 (BB 1982 I 717) formuliert.

Die Schweiz hat im vergangenen September mit der IDA ein Rahmenabkommen (in Form eines Briefwechsels) über Kofinanzierungen in der Höhe von 200 Mio Fr. abgeschlossen. Die zur Diskussion stehende Aktion wird unter diese Form der Zusammenarbeit mit der IDA fallen.

2. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Sambias

2.1. Einige Eckdaten

Sambia ist rund 20 mal grösser als die Schweiz und zählt ungefähr 6,3 Mio Einwohner; 43% seiner Bevölkerung konzentriert sich auf dichte Siedlungsräume.

Sambia, 1965 in die Unabhängigkeit entlassen, wies während der Jahre 1965-1974 ein reales jährliches Wachstum des Bruttosozialproduktes (BSP) von 2,3% aus. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in der gleichen Periode, nicht zuletzt wegen einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 3,1% kontinuierlich zurückgegangen. Es wird 1983 auf US\$ 526 veranschlagt.

Mit einem Anteil von 48% am BSP trug während der Periode 1980-83 der Dienstleistungssektor, der in erster Linie staatliche Aktivitäten umfasst, den Hauptteil zum Volkseinkommen bei. Der nahezu vollständig vom Kupfer dominierte Bergbau trägt zwar nur 15% zum BSP bei, mit ihm werden jedoch 95% der Exporterlöse des Staates erwirtschaftet.

Die Verarbeitungsindustrie und die Landwirtschaft (mit einem Anteil von 67% der erwerbstätigen Bevölkerung) stehen von ihrem Beitrag an das Bruttosozialprodukt her betrachtet mit 22% an zweiter, beziehungsweise mit 14% an dritter Stelle. Aus beiden zusammen werden jedoch lediglich 5% der Exporterlöse erwirtschaftet.

2.2. Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise (1980-83)

Mit dem 1974 erfolgten 40%-igen Kupferpreistrückgang, der vor allem durch die weltwirtschaftlichen Rezessionserscheinungen verursacht wurde, hat sich die Lage Sambias laufend verschlechtert. Anfänglich beurteilte die Regierung den Preistrückgang als vorübergehendes Phänomen und unterliess es, die notwendigen Massnahmen zur Drosselung der Staatsausgaben sofort zu ergreifen. Sie wählte vielmehr den Weg der Aussenverschuldung und verzögerte somit das volle Durchschlagen der Krise um einige Jahre. Ab 1980 geriet das Land in eine eigentliche Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich 1983 nochmals zusätzlich akzentuierte. Es wird geschätzt, dass 1983 im Vergleich zu den Jahren 1980-82 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen um 6,6% gefallen ist. Während der gleichen Periode fiel die Importkapazität um 19% und das Zahlungsbilanzdefizit erhöhte sich um 13,1%. Der konstant steigende Schuldendienst absorbierte 1983 34% der Exporterlöse.

Nach einer Phase der Preisberuhigung Ende der 70er Jahre stieg die Inflation 1980-1982 um 12,4% und erreichte 1983 25%. Dieser Inflationsschub ist zu einem grossen Teil auf die Abwertung der Landeswährung (Kwacha) um 42% sowie auf die Aufhebung von Preiskontrollen (Dezember 1982) zurückzuführen.

Auch während der letzten 3 Jahre hat die sambische Regierung die Rahmenbedingungen für das private Unternehmertum noch nicht entscheidend verbessert. Der Prozess des Umdenkens ist allerdings in Gang gekommen und erste Massnahmen sind eingeleitet worden.

Abschliessend sei noch darauf hingewiesen, dass dem Bundesrat vor einigen Wochen ein Antrag über ein Schuldenkonsolidierungsabkommen mit Sambia unterbreitet worden ist. In jenem Antrag erfuh die wirtschaftliche Lage des Landes eine ausführliche Darstellung.

3. Das landwirtschaftliche Restrukturierungsprojekt der IDA

3.1. Der Agrarsektor

Die Entwicklung der Landwirtschaft Sambias ist weit hinter ihrem Potential zurückgeblieben. Von geschätzten 60 Millionen ha kultivierbarem Agrarland werden zur Zeit lediglich 12 Millionen, also rund 20%, bearbeitet. Von den klimatischen Bedingungen her würde sich aber eine Ausdehnung der agrarischen Nutzfläche mit diversen Getreidesorten direkt anbieten. Mit einem Anteil von 70% der landwirtschaftlichen Produktion steht heute der Maisanbau im Vordergrund; er wird gefolgt von einer breiten Palette: Maniok, Hirse, Sorghum, Erdnüsse, Sonnenblumen, Baumwolle, Tabak, Zuckerrohr, Reis, Soyabohnen. Ein ebenso breites Spektrum zeichnet den Bereich der Viehzucht aus. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Rinderzucht; sie bildet die hauptsächlichste Bareinnahmequelle. Vieh stellt auch ein nicht zu unterschätzendes Potential als tierische Zugkraft im landwirtschaftlichen Arbeitsbereich dar.

Der Agrarsektor Sambias muss von seiner Struktur her als dualistisch bezeichnet werden: Auf der einen Seite finden sich mit einem Anteil von 76% die sogenannten traditionellen Farmerhaushalte (460'000); sie bewirtschaften in erster Linie für den Eigengebrauch mit einfachen Geräten je knapp 2 ha. Auf der anderen Seite der Skala finden sich 4% von Farmhaushalten, die allein 40% des Wertes der gesamten Maisproduktion und 55% der übrigen marktgängigen Landwirtschaftsprodukte erzeugen. Ihre Produktionsweise bedient sich moderner Produktionstechniken, die zu hohen Flächenerträgen führen. Das etwa 20% umfassende "Mittelfeld" bilden schliesslich marktorientierte Kleinfarmer (etwa 125'000); sie bearbeiten mit einfachen Geräten und Ochsen gespannen oder gemieteten Traktoren durchschnittlich je 3 ha (schweizerischer Durchschnitt: 15 ha). Zusammen mit dem hin und wieder erzeugten und vermarkteten Ueberschuss der traditionellen Farmer produziert die letztgenannte Gruppe 60% am Anteil des Wertes des verkauften Maises. Ihr Anteil an den übrigen Marktprodukten beläuft sich auf 45%.

Trotz verschiedenen Versuchen ist es Sambia nicht gelungen, die Landwirtschaftsproduktion mit dem Eigenbedarf in Einklang zu bringen; eine Verminderung des Selbstversorgungsgrades hat sich namentlich seit 1975 ergeben. In der Maisproduktion konnten beispielsweise zu Beginn der 70er Jahre noch Ueberschüsse erzielt werden; 1974 beliefen sie sich noch auf 102%. Heute ist der Selbstversorgungsgrad auf 79% abgesunken.

Die Agrarproduktion insgesamt konnte sich während 1970-74 noch jährlich um 2,1 % steigern, danach sank die Zuwachsrate 1975-79 auf 1,8%, dann 1980-83 auf 1%. Der Produktionsrückgang betraf vor allem die von Importen abhängigen marktorientierten Bereiche der Landwirtschaft, die also auf Maschinen, Ersatzteile und agrarchemische Produkte dringend angewiesen sind.

Abschliessend lässt sich sagen, dass der Agrarsektor einen bedeutenden Beitrag zur Volkswirtschaft Sambias leisten könnte; sein Potential wird aber sowohl unzureichend als auch ineffizient ausgeschöpft.

3.2. Das Projekt

Das "Agricultural Rehabilitation Project" soll nun die Bemühungen Sambias um eine Stabilisierung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse unterstützen. Es wird ein Gesamtvolumen von 74 Mio US \$ umfassen; der IDA-Anteil beläuft sich auf 25 Mio US \$. Ferner beteiligen sich neben der Schweiz die USA, Kanada sowie der Afrikanische Entwicklungsfonds.

Das Vorhaben gliedert sich in zwei Komponenten: die eine gilt der Unterstützung der Regierung bei der Durchführung von Reformen in der Agrarpolitik und der Anpassung der institutionellen Rahmenbedingungen; die andere betrifft die Finanzierung von Importen, die den weiteren Produktionsrückgang aufhalten sollen.

Die wichtigsten Reformen sind die Anpassung der Preispolitik (kostendeckende Preise) und die Steigerung der Effizienz der Marktproduktion als auch des Verteilungssystems. Das letztere wird über eine höhere Beteiligung des privaten Sektors erfolgen.

Die Importe bestehen aus Landwirtschaftsmaschinen (55,3%), Agrochemikalien (26,9%), Ersatzteilen (15,7%), verschiedenen kleineren Lieferungen (1,4%). Ein vorgehener Anteil für Beratung beläuft sich auf 0,3%.

3.3. Die Auswirkungen des Projektes

Die vorgesehenen Änderungen der Agrarpolitik und des institutionellen Umfeldes werden breitgefächerte Auswirkungen zeitigen, die allerdings schwierig zu quantifizieren sind. Im Vordergrund steht die langfristige Zielsetzung, die extreme Abhängigkeit Sambias vom Bergbausektor zu vermindern.

Von einer ökonomisch sinnvollen Preispolitik wird eine effizientere Ressourcennutzung und damit eine generelle Produktionssteigerung erwartet. Daraus wiederum sollen ein Einkommenszuwachs und die Schaffung von Arbeitsplätzen resultieren. Mit der Anpassung der Preisstrukturen - kostendeckende Preise - werden staatliche Subventionsmittel frei; sie sollen künftig zu Gunsten von Diversifizierungsbemühungen eingesetzt werden. Von der Anhebung der Weizenpreise und einem gezielteren Düngemiteleinsatz werden geringere Importausgaben erwartet.

Mit dem breit gefächerten Massnahmenbündel sollen zum Beispiel während der nächsten 12 Jahre beim wichtigsten Produkt, dem Mais, jährlich zusätzliche 190'000 Tonnen produziert werden können. Die wirtschaftliche "rate of return" des "Agricultural Rehabilitation Project" wird auf 34% veranschlagt.

Die vorgesehenen Massnahmen im Bereich der Landwirtschaftspolitik und des institutionellen Rahmens werden voraussichtlich einem breiten Spektrum von Produzenten zugute kommen. Dazu zählen auch Subsistenzfarmer, die erst in kleinem Umfang für den Markt produzieren.

Der quantitativ grösste Teil der Einfuhren von Maschinen, Ersatzteilen und Agrochemikalien wird den mittelgrossen und grossen Farmbetrieben zugute kommen. Dies rechtfertigt sich aufgrund der spezifischen sambischen Situation: eine sofortige Produktionssteigerung und damit eine möglichst rasche Erhöhung des Selbstversorgungsgrades zur dringend notwendigen Einsparung von Devisen kann kurzfristig wirksam nur über die mittelgrossen und grossen Farmbetriebe erreicht werden. Genau sie weisen nach einer jahrelangen Devisenknappheit einen hohen Importnachholbedarf bezüglich ihrer Produktionsmittel auf.

Es wird geschätzt, dass die für den Markt produzierenden Kleinbauern zu rund 20% vom Mitteleinsatz profitieren werden. Zusätzlich erhalten rund 7'000 Subsistenzfarmer Landwirtschaftsgeräte, die mit Ochsen gespannt gezogen werden können. Im Rahmen des sogenannten "Swiss Kwacha Fund" (vgl. unten) sorgt die Schweiz für eine weitergehende Förderung von Klein- und Subsistenzbauern.

4. Umfang und Abwicklung des schweizerischen Beitrages

Das schweizerische Engagement im Rahmen der Zahlungsbilanzhilfe spielt sich auf zwei Ebenen ab. Die erste betrifft die direkte anteilmässige Mitfinanzierung sämtlicher unter dem "Agricultural Rehabilitation Project" laufenden Operationen. Diesem Vorgehen wurde in erster Linie aufgrund administrativer Ueberlegungen der Projektbetreuung der Vorzug gegeben. Bekanntlich verfügt die Schweiz in Sambia über keine eigene diplomatische Vertretung.

Die zweite Ebene betrifft die Verwendung der von Importeuren zu hinterlegenden Gelder in Lokalwährung (Kwacha). Da wie oben erwähnt, vom Importteil in erster Linie mittlere und grosse Farmbetriebe zur sofortigen Produktionssteigerung profitieren sollen, war es der Schweiz ein besonderes Anliegen, dass bei der Verwendung der Lokalwährungsgelder im Gegenwert von 10 Mio SFr. vor allem Subsistenz- und Kleinbauern zum Zuge kommen sollten. Zu diesem Zwecke wurde mit der sambischen Regierung die Schaffung eines speziellen "Swiss Kwacha Funds" (vgl. Annex 3 des bilateralen Abkommens) vereinbart.

Die Verwendung der Fondsmittel erfolgt zu 60% zur Uebernahme von Lokalkosten für Landwirtschaftsprojekte internationaler Entwicklungsorganisationen (z.B. Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank, IFAD, etc.). Die Schweiz übt bei der Auswahl dieser Projekte ein Mitspracherecht aus. Die restlichen 40% des "Swiss Kwacha Funds" gehen zugunsten der sogenannten "Zambia Cooperative Federation". Diese Genossenschaft, die über ein landesweites Netz verfügt, wird die Gelder in Form von Produktionsdarlehen für landwirtschaftliche Kleinproduzenten ausleihen. Zurückbezahlte Kredite werden später wiederum die gleiche Verwendung erfahren.

Bei der Betreuung und Ueberwachung des "Agricultural Rehabilitation Projects" wird der zuständige Mitarbeiter der Weltbank auch den "Swiss Kwacha Fund" miteinbeziehen.

Die Zahlungsbilanzhilfe der Schweiz wird ungebunden gewährt, wie übrigens auch die Teile der IDA und des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Dieses Vorgehen ist in der Botschaft über die Weiterführung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen vom 14. Dezember 1984 vorgesehen.

Die schweizerischen Exporte nach Sambia im Agrarbereich sind verhältnismässig bescheiden; sie bestehen in erster Linie aus Agrochemikalien, bei denen die schweizerische Industrie konkurrenzfähig ist. Es ist damit zu rechnen, dass ein wesentlicher Teil der im Gesamtprojekt vorgesehenen Beträge für Agrochemikalien (19,9 Mio US\$, was einem Anteil von 26,9% entspricht) auf schweizerische Produzenten entfallen wird.

5. Rechtliche Grundlagen

Gemäss Artikel 15, Alinea 1 des Bundesbeschlusses vom 12. September 1977 betreffend die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe entscheidet der Bundesrat über Massnahmen, die das Volumen von 5 Millionen Franken übersteigen. Artikel 10 des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit vom 19. März 1976 räumt dem Bundesrat die Kompetenz ein, internationale Abkommen im Bereich der Finanzhilfe abzuschliessen. Die zur Abwicklung der vorgesehenen Zahlungsbilanzhilfe notwendigen Abkommen werden mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

6. Rahmenkredit

Die für die Zahlungsbilanzhilfe vorgesehenen 10 Millionen Franken sind im Budget 1985 unter der Rubrik 703.493.90/8, "Finanzhilfe, Schenkungen" vorgesehen. Sie werden dem Rahmenkredit über die Weiterführung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen vom 14. Dezember 1981 (BB 1982 I 717) belastet werden.

7. Konsultationen

EDA, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe: einverstanden

EFD, Finanzverwaltung: einverstanden.

8. Antrag

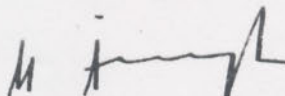
Aufgrund der gemachten Ausführungen beantragen wir Ihnen:

- dem Staate Sambia in Form einer Zahlungsbilanzhilfe einen nicht rückzahlbaren Beitrag in der Höhe von 10 Millionen Franken zu gewähren;
- das Bundesamt für Aussenwirtschaft zu ermächtigen, mit Sambia und der IDA Abkommen über die Gewährung und Durchführung der Zahlungsbilanzhilfe an Sambia über 10 Millionen Franken abzuschliessen;
- das Bundesamt für Aussenwirtschaft zu ermächtigen, den schweizerischen Botschafter in Washington oder in Lusaka, die genannten Abkommen zu unterzeichnen;
- die Bundeskanzlei zu beauftragen, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EFD



Protokollauzug an:

- EVD (GS 7, BLW 6)
- EDA
- EFD (GS, EFK, EPA)

A N N E X

Annex 1: Bilaterales Abkommen Schweiz-Sambia:

"Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Zambia concerning the financing of a balance of payment assistance within the framework of the Agricultural Rehabilitation Project"

Annex 2: Abkommen Schweiz-Weltbank/IDA:

"Letter of Understanding"

A G R E E M E N T

BETWEEN

THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF ZAMBIA

CONCERNING THE FINANCING OF A BALANCE

OF PAYMENT ASSISTANCE WITHIN THE FRAMEWORK

OF THE AGRICULTURAL REHABILITATION

PROJECT

The Swiss Government and the Government of the Republic
of Zambia,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous to strengthen these relations,

Intending to promote further the economic and social development
of the Republic of Zambia,

Have agreed to the following:

Article 1

Definitions

- 1.1 In this Agreement, unless the context otherwise requires,
the following terms shall have the following meanings:
- a) "Swiss Government" and "Swiss Federal Council" means the
Government of the Swiss Confederation;
 - b) "Government of Zambia" means the Government of the Repu-
blic of Zambia;
 - c) "Contribution" means the contribution granted by the
Swiss Confederation under this Agreement;
 - d) "Contracting Parties" means the Swiss Government and the
Government of the Republic of Zambia;
 - e) "IDA" means the International Development Association;
 - f) "Development Credit Agreement" means the Development Credit
Agreement for the Agricultural Rehabilitation Project to be
signed between the Republic of Zambia and the International
Development Association.

Article 2

Project Objectives, Amount and Use of the Contribution

- 2.1 The objectives of the Project are to provide balance of payments assistance to the Government of Zambia to expand agricultural production through the financing of inputs for the implementation of the rehabilitation of the agricultural sector. (Annex 1). This objectives are to be realized through the adjustment policies of the Government of Zambia and its institutional reforms in view of establishing internal and external economic balance as described in the Development Credit Agreement on the "Agricultural Rehabilitation Project" between the Government of Zambia and IDA signed on 1985 .
- 2.2 The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable contribution of SFr. 10 millions to the Government of Zambia, which shall be available for goods and services in the framework of the Development Credit Agreement.
- 2.3 The specific uses of the Contribution are described in Annex 2.

Article 3

Execution of the Project

- 3.1 The execution of the Project and the obligations of Zambia related thereto shall be governed mutatis mutandis by the provisions of the Development Credit Agreement.
- 3.2 The Government of Zambia shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods financed out of the proceeds of the Contribution, to disclose the use and beneficiaries thereof, and to record the progress of the Project.

- 3.3 The Government of Zambia shall furnish to the Swiss Government all such information as the Swiss Government shall reasonably request concerning the Project, and, where appropriate, the benefits to be derived from it, and the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution. In particular, the Government of Zambia shall forward to the Swiss Government the information referred to in section 3.03 c of the Development Credit Agreement and shall authorize that IDA provides to the Swiss Government the information referred to in section 2.06 b and c of the Project Agreement.
- 3.4 The Government of Zambia shall, after completion of the Project, but in any event not later than six months after the closing date or such later date as may be agreed for this purpose between the Government of Zambia and the Swiss Government, furnish to the Swiss Government a report, of such scope and in such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the Project, its beneficiaries, its contribution to the socio-economic development of relevant sectors and the accomplishment of the purpose of this Agreement, as well as of the impact of the measures and operations financed by the "Swiss Kwacha Fund" (Annex 3). This report will include a certified financial statement by auditors acceptable to the Government of Switzerland on the use of the proceeds of the Contribution and of the local currency generated under the Program.
- 3.5 The Swiss Government and the Government of Zambia shall exchange views at regular intervals on the progress of the Project and the performance of their respective obligations under this Agreement, and the overall economic situation and the development prospects of the country.

Article 4

Kwacha - Fund

The Government of Zambia shall deposit in a special account the local currency generated by the encashment of the Swiss contribution. The modalities of constitution, utilisation and supervision of the Kwacha-Fund are described in Annex 3 of this Agreement.

Article 5Accounts

- 5.1 Upon coming into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account in the name of Zambia designated "Zambia-Agricultural Rehabilitation Project" to be used for the Contribution as referred to in art. 2 of this Agreement.
- 5.2 Upon coming into force of this Agreement, the Swiss Government shall deposit in the account "Zambia-Agricultural Rehabilitation Project" an amount of SFR. 10 million.
- 5.3 The Association will be entitled to draw on the account on behalf of Zambia through the Swiss National Bank in Zurich to meet all eligible expenditures to be financed out of the Swiss Contribution in accordance with the provisions of Article 2 of the Development Credit Agreement.
- 5.4 Upon coming into force of this Agreement, the Government of Zambia shall open an account designated "Swiss Kwacha Fund Account" into which all the counterpart funds of the Swiss contribution for the "Agricultural Rehabilitation Project" shall be deposited.

Article 6Particular covenants

- 6.1 Conditions for the utilization of the Contribution referred to in art. 2 are those defined in the Development Credit Agreement as far as it applies to this Agreement.
- 6.2 In agreement with the Government of Zambia and IDA, the Swiss Government has appointed IDA as Administrator of the Contribution. The respective obligations of the Swiss Government and IDA are defined in the "Letter of Understanding" accepted by the Government of Zambia, to be entered into between the two parties concerned.

- 6.3 Application for withdrawal of the proceeds of the Contribution shall be submitted to IDA by the Government of Zambia in accordance with the relevant provisions of the Development Credit Agreement.
- 6.4 IDA shall inform the Swiss Government of the amounts which are to be financed under the Contribution and the Swiss Government shall make the payments called for according to procedures defined in the "Letter of Understanding" referred to in art. 6.2 above.

Article 7

Cancellation - Suspension - Termination

- 7.1 The Government of Zambia may, by written notice to the Swiss Government, cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn.
- 7.2 In the event of default by the Government of Zambia in the fulfilment of any commitment or obligation under this Agreement, the Swiss Government may suspend, in whole or in part, the right of the Government of Zambia to make withdrawals from the Contribution account and/or cancel the balance of the Contribution. The suspension or cancellation of the Development Credit Agreement would, in principle, be considered as such a default. With regard to this Article and in addition to the provisions of Article 3.4, the Government of Zambia may take initiative to open discussions with the Swiss Government.

Article 8

Settlement of Disputes

- 8.1 Disputes as to interpretation or application of the provisions of this Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiation within a period of three months shall, upon the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members.

Each Contracting Party shall appoint one arbitrator. The two designated arbitrators shall appoint a third arbitrator as Chairman who shall be a national of a third State.

- 8.2 If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other Contracting Party to make that appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of that Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.3 If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.4 If, in the cases specified in art. 8.2 and art. 8.3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior Judge of the Court, who is not a national of either Contracting Party.
- 8.5 Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.
- 8.6 The decisions of the tribunal shall be binding and final for each Contracting Party.

Article 9

Amendments to the Agreement

Amendments to this Agreement will be effected by exchange of letters to be entered into between the Contracting Parties.

Article 10Annexes

The attached annexes as well as the Development Credit Agreement and its schedules constitute an integral part of this Agreement.

Article 11Authorities in charge of the Application of the Agreement and
the Implementation of the Project

The following Authorities shall be responsible for the application of the Agreement

a) On the Swiss side:

The Federal Office for Foreign Economic Affairs
Department of Public Economy
Bundeshaus Ost
3003 Bern
Telex:EDA-CH 911340

b) On the Zambian side:

Ministry of Finance
P.O. Box 50062
LUSAKA
Telex: MINFIN-ZA 42221

Article 12Coming into Force and Closing Date

12.1 This Agreement shall enter into force upon the entry into force of the Development Credit Agreement referred to in Article 1 between the Republic of Zambia and IDA.

12.2 The closing date of this Agreement shall be 31st December, 1986, or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Annex 1

Done at Washington on the , 1985
in two original copies in English,

For the Government of the
Swiss Confederation:

For the Government of the
Republic of Zambia:

1. The objective of the Swiss Government is to support the Government of Zambia together with development financing institutions in the implementation of the "Agricultural Rehabilitation Project" leading to increased agricultural output.
2. The "Agricultural Rehabilitation Project" would encourage the Government to continue the on-going and to carry out further policy and institutional reforms on issues that have hitherto constrained agricultural development in Zambia and help to finance critical production inputs with a view to arresting the declining trend in agricultural production.
3. The main reforms in relation with the "Agricultural Rehabilitation Project" would be: adopting a pricing policy consistent with regional comparative advantages and the principle of full cost recovery; improving efficiency in the produce marketing and input distribution system by making the system more competitive through allowing private sector participation.
4. The proposed policy and institutional reforms would benefit a wide spectrum of farmers, including subsistence farmers on the verge of entering the market economy.
5. It is foreseen that about 20% of the goods and services financed under the "Agricultural Rehabilitation Project" would benefit the emergent farmers and smallholders. In addition, about 7'800 smallholders would benefit from ox-drawn implements financed by the Project.

Annex 1

Objective of the Swiss Balance of Payment Assistance

1. The objective of the Swiss Government is to support the Government of Zambia together with development financing institutions in the implementation of the "Agricultural Rehabilitation Project" leading to increased agricultural output.
2. The "Agricultural Rehabilitation Project" would encourage the Government to continue the on-going and to carry out further policy and institutional reforms on issues that have hitherto constrained agricultural development in Zambia and help to finance critical production inputs with a view to arresting the declining trend in agricultural production.
3. The main reforms in relation with the "Agricultural Rehabilitation Project" would be: adopting a pricing policy consistent with regional comparative advantages and the principle of full cost recovery; improving efficiency in the produce marketing and input distribution system by making the system more competitive through allowing private sector participation.
4. The proposed policy and institutional reforms would benefit a wide spectrum of farmers, including subsistence farmers on the verge of entering the market economy.
5. It is foreseen that about 20% of the goods and services financed under the "Agricultural Rehabilitation Project" would benefit the emergent farmers and smallholders. In addition, about 7'000 smallholders would benefit from ox-drawn implements financed by the Project.

Annex 2

Goods and Services to be financed with the Swiss Balance of
Payment Assistance

- In relation to Article 4 of this Agreement the Kwacha fund generated by the encashment of the Swiss contribution, hereafter
1. The "Agricultural Rehabilitation Project" envisages to finance import of farm machinery, spare parts, and agro-chemicals which are in short supply and contains production and provision of consultancy services set out in category 1 + 2 of schedule 1 of the Development Credit Agreement.
 2. The Swiss Balance of Payment Assistance will finance an appropriate proportion of all these goods and services under the "Agricultural Rehabilitation Project" up to a total amount of SFr. 10 millions.

2. Modalities of Constitution

Bank of Zambia will open a "Swiss Kwacha Fund Account" in favour of the Ministry of Finance into which the Bank of Zambia would immediately deposit out of the Kwacha fund generated by the "Agricultural Project" the local currency generated by the Swiss contribution.

Annex 3KWACHA - FUND

In relation to Article 4 of this Agreement the Kwacha-Fund generated by the encashment of the Swiss contribution, thereafter called "Swiss Kwacha Fund", will be organized as follows:

1. Beneficiaires:

The "Swiss Kwacha Fund" shall benefit emergent and subsistence farmers. To this end 60% of the Fund (Part A) shall be used to finance local costs which the Government of Zambia is required to contribute towards Projects supported by the World Bank, IDA, ADB, IFAD and/or other projects as may be agreed between Government of Zambia and Government of Switzerland in agricultural sector (herein after called the Beneficiary Projects). The remaining 40% of the Fund (Part B) shall be used to provide production loans to emergent farmers through the Zambia Cooperative Federation.

The above mentioned percentages could be changed in consultation between the Government of Zambia and the Government of Switzerland.

It is understood that this funds would be additional to the funds provided in the budget to these purposes.

2. Modalities of Constitution

Bank of Zambia will open a "Swiss Kwacha Fund Account" in favour of the Ministry of Finance into which the Bank of Zambia would immediately deposit out of the Kwacha Fund generated by the "Agricultural Project" the local currency generated by the Swiss contribution.

- 2 -

The Ministry of Finance would make available 60% of the "Swiss Kwacha Fund" (Part A) to the Ministry of Agriculture and Water Development for the designated Beneficiary Projects and 40% (Part B) to the Zambia Cooperative Federation to establish a revolving fund.

3. Procedures of utilisation and administration

The Ministry of Agriculture and Water Development would with regard to Part A of the Fund for the funds used for the Beneficiary Projects and the Zambia Cooperative Federation would with regard to Part B of the Fund:

- (a) establish and maintain separate records and accounts for all activities relating to the Fund;
- (b) prepare an annual programme, and budget at least three months before the beginning of the financial year showing the proposed uses of the Fund in details as would be agreed between the Government of Zambia and the Government of Switzerland. These programmes and budgets should be submitted to IDA with copies to the Government of Switzerland for review and approval at least two months before the beginning of the financial year;
- (c) have the accounts and financial statements audited by auditors acceptable to the Government of Switzerland and submit to IDA with copies to the Government of Switzerland the audited accounts and financial statements not later than 4 months after the end of the financial year. The auditor's reports would include specific comments as to whether the Fund has been used in accordance with the objectives set out in this Annex; the cost of auditing will be paid out of the Fund;
- (d) submit to IDA with copies to the Government of Switzerland at intervals of 6 months and in details as would be agreed between the Government of Zambia and the Government of Switzerland.

Authorization to release funds from the "Swiss Kwacha Account" by the Bank of Zambia in favour of the Ministry of Finance for Part A would be signified by a written request from Permanent Secretary of Ministry of Agriculture and Water Development and vouchers or cheques signed by the Permanent Secretary of Ministry of Finance.

Similarly, authorization for Part B would be signified by written request by the Managing Director of the Zambia Co-operative Federation through a Permanent Secretary of Ministry of Cooperatives and vouchers or checks signed by the Permanent Secretary of the Ministry of Finance.

4. Supervision

The Government of Zambia will ensure that the Government of Switzerland or its representative shall have full access to financial records and accounts relating to the "Swiss Kwacha Fund". To facilitate supervision, all the financial records and accounts would be maintained in one central location in the Ministry of Agriculture and Water Development for Part A of the Fund and in the Zambia Co-operative Federation for Part B of the Fund.

Annex IILETTER OF UNDERSTANDING

1. The International Development Association (IDA) has extended a Development Credit to the Government of Zambia in an amount equivalent to SDR 24 millions to assist in the financing of the "Agricultural Rehabilitation Project" described in Schedule 2 and 3 of the Development Credit Agreement (Credit No) of 1985, a copy of which has been furnished to the Government of Switzerland.
2. By an Agreement between the Government of Switzerland and the Government of Zambia dated 1984, a copy of which has been furnished to IDA, the Government of Switzerland has made a non-reimbursable contribution to Zambia in the amount of Sw.Fr. 10 millions to assist in the financing of the Project referred to under 1. The Swiss contribution is made in the context of the exchange of letter dated September 29th, 1984 between Switzerland and IDA.
3. The goods and services mentioned in Schedule 1 of the Development Credit Agreement shall be financed at .. % out of the proceeds of the Swiss contribution.
4. This cofinancing follows the procedural arrangements defined jointly by the Government of Switzerland and the IDA in the frame agreement signed on October 18, 1984, in Washington and annexed here.
5. The equivalent of one per cent of the contribution referred to under 2. shall be transferred to the IDA when the agreements referred to under 1. and 2. come into force, to cover the administrative costs incurred by the IDA in the administration of the contribution, as referred to under para 3. b. ii of the frame agreement.

6. The arrangements set forth in this letter will become effective upon confirmation by the Government of Zambia that it has fully accepted such provisions of this letter as may affect, or relate to, it.
7. The following Authorities shall be responsible for the application of this "Letter of Understanding":

International Development Association

1818 H Street, N.W.

Washington, D.C. 20433 / USA

Telex: 440098 (ITT), 248423 (RCA) or 64145 (WUI)

Cable address: INDEVAS, Washington D.C.

The Federal Office for Foreign Economic Affairs

Department of Public Economy

Bundeshaus Ost

3003 Berne

Telex: EDA-CH 911340

Date _____

IDA

Date _____

Swiss Government

Accepted by:

Date _____

Government of Zambia

The following procedural arrangements are agreed between the Government of Switzerland (the Government) and International Development Association (the Association) for cooperation in specific development projects or programs:

PROCEDURAL ARRANGEMENTS

The Government intends to provide for the period 1970-1975 a total of 100 million Swiss francs for the purpose of financing specific development projects or programs in cooperation with the Association. The Government's contribution to the Association's resources and as stated in a letter dated September 22, 1969, is 100 million Swiss francs.

between

THE GOVERNMENT OF SWITZERLAND

and

INTERNATIONAL DEVELOPMENT ASSOCIATION

for cooperation in the cofinancing of specific development projects or programs

1. The Government and the Association will cooperate in the cofinancing of specific development projects or programs by way of joint financing. The Government will be responsible for the identification, preparation and submission of project proposals to the Association. The Association will be responsible for the evaluation, selection and financing of such projects. The Government will be responsible for the implementation of such projects. The Association will be responsible for the monitoring and evaluation of such projects. The Government and the Association will cooperate in the identification, preparation and submission of project proposals to the Association. The Association will be responsible for the evaluation, selection and financing of such projects. The Government will be responsible for the implementation of such projects. The Association will be responsible for the monitoring and evaluation of such projects.

-2-

The following procedural arrangements are agreed between the Government of Switzerland ("the Government") and International Development Association ("the Association") for cooperation in the cofinancing of specific development projects or programs:

1. Recipient Countries and Activities to be Financed

The Government intends to provide (a) two hundred million Swiss francs (Swf 200,000,000), as an expression of the Government's wish to associate itself with the seventh replenishment of the Association's resources and as stated in a letter dated September 22, 1984 from the Secretary of State, Federal Office of Foreign Economic Affairs, on behalf of the Government, to the Association, and (b) such further funds as mutually may be agreed between the Government and the Association from time to time; in all cases in the form of untied non-reimbursable contributions to developing member countries of the Association. The funds shall be utilized for the financing of specific development projects and programs, selected jointly by the Government and the Association, as well as other activities which may be agreed upon between the Government and the Association. Special attention will be given to the less developed of the Association's developing member countries and to the lower income groups in these countries.

2. Form and Terms of Cofinancing with the Association

Cofinancing by the Government and the Association will be by way of joint financing in accordance with the procedures described in 3 below. Goods and services jointly financed by the Government will be procured in accordance with the Association's guidelines and procedures and funds made available may be utilized, where appropriate, to finance local currency expenditures in addition to foreign exchange costs.

3. Cofinancing Procedures

(a) Preparation of projects and programs

(i) Cofinancing possibilities will be identified on the basis of a list of projects and programs, prepared from time to time by the Association, for which the Association and potential recipient countries are seeking cofinancing sources.

Accepted by:

Date:

Government of Zambia

-3-

(ii) Projects and programs so identified for cofinancing by the Government, subject to the outcome of individual appraisals, will constitute a tentative multi-year cofinancing plan. Such plan will be updated each year by the Government and the Association.

(iii) The Government may also suggest cofinancing possibilities to the Association for its consideration and possible inclusion in the cofinancing plan.

(iv) The Association shall have the primary responsibility for the preparation of projects and programs cofinanced by the Government. The Government shall be associated in the preparatory process of the projects and programs to be cofinanced and, to this end, and subject to the consent of potential recipient countries:

- may participate in appraisal missions conducted by the Association;
- will receive from the Association relevant information about selected individual projects and programs, in order to facilitate the Government's decision;
- will normally participate in the negotiations between the recipient country and the Association.

(b) Administration of projects and programs

(i) The Government shall delegate to the Association the primary responsibility for supervision and evaluation of projects and programs cofinanced by the Government. In addition, the Association shall be responsible for direct payment instructions to the Swiss National Bank with respect to disbursement of the funds provided by the Government.

(ii) The Government shall reimburse the Association for costs of expenses incurred by the Association with respect to the cofinancing envisaged in this Agreement in accordance with appropriate arrangements to be agreed between the Government and the Association.

(iii) In discharging its responsibilities the Association shall apply its normal procedures and shall exercise the same care as it exercises with respect to the administration and management of its own affairs, but shall be under no further obligation or responsibility to the Government in respect thereof.

(iv) The Government and the Association shall promptly inform each other of major changes or developments affecting the projects and programs, such as amendments to the agreements, reallocation of funds, suspension or termination of disbursements, and of any event which interferes or threatens to interfere with their successful implementation.

(v) The Association shall keep the Government regularly informed on the progress of each project and program cofinanced with the Government and invite the Government to participate at its option, but subject to the consent of the recipient country concerned, in the supervision and evaluation missions conducted by the Association.

(vi) Each party will retain its independent rights of action and decision under its respective agreements with the recipient country concerned.

(c) Legal and administrative arrangements

For individual projects and programs cofinanced jointly by the Government and the Association, the Government would normally enter into the following agreements:

(1) a Financial Cooperation Agreement with the recipient country concerned, making cross-reference to the Credit Agreement between the Association and such recipient country with respect to allocation and withdrawal of funds and conditions of execution of the project or program and (ii) a Letter of Understanding with the Association specifying the administrative arrangements that will apply between the two parties, including arrangements for the disbursement of funds provided by the Government.

20. Feb. 1985
756

-5-

Normally, the Credit Agreement between the Association and the recipient country for individual projects or programs cofinanced with the Government shall set forth the categories of items to be financed out of the funds provided by the Government, the allocation of funds for each category and the percentage to be financed by the Government in each category.

4. Consultations

The Government and the Association shall consult each other from time to time and at least once a year on all matters arising out of these Arrangements.

5. Termination

(a) These Arrangements may be terminated at the initiative of either party on one hundred and eighty (180) days' notice in writing.

(b) Upon the giving of such notice, unless the parties hereto agree on another course of action, the Government and the Association shall consult each other on the most practical and effective means of transferring to the Government the responsibilities assumed by the Association under these arrangements upon their termination.

6. Addresses

The following addresses are specified for the purposes of these Arrangements:

For the Government of Switzerland:

- (a) Federal Office of Foreign Economic Affairs
Federal Department of Public Economy
CH-3003 B e r n e / Switzerland
Cable Address: AFFETRA, Berne Telex Number: 911 340 EDA CH
- (b) Directorate for Development Cooperation
Federal Department of Foreign Affairs
CH-3003 B e r n e / Switzerland
Cable Address: AFFETRA, Berne Telex Number: 911 340 EDA CH

-6-

as may be specified by the Government for each cofinancing operation.

For the Association

International Development Association
1818 H Street, N.W.
Washington, D.C. 20433/USA
Cable Address: INDEVAS

Telex Numbers: ITT 440098
RCA 248423
WVI 64145

7. Entry into Force and Validity

These Arrangements shall enter into force upon signature by all parties and shall remain in force, subject to 5 above, until the funds of the seventh replenishment of the Association's resources have been committed, unless extended by agreement between both parties.

8. Amendments

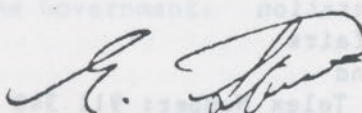
These Arrangements may be modified from time to time by further agreement in writing between the Government and the Association.

Done in Washington, D.C., United States of America, on October 18, 1984, in the English language in two copies, one for the Government and one for the Association.

THE GOVERNMENT OF SWITZERLAND

By FR Staehelin
Authorized Signature

INTERNATIONAL DEVELOPMENT ASSOCIATION:

By 
Senior Vice President, Operations